Öffentliche Sitzung

des Klima-, Umwelt-, Energie- und Bauausschusses/Betriebsausschusses für Stadtentwässerung am Mittwoch, den 06.12.2023 im großen Sitzungssaal des Rathauses

Beginn: 15:34 Uhr Ende: 16:42 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

CDU

Herr Stadtrat Martin Bläse

Herr Stadtrat Thomas Kaiser

Herr Stadtrat Christof Preiß

Frau Stadträtin Dr. Birgit Stahl

Frau Stadträtin Brigitte Weiß

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Stadträtin Barbara Bijok

Herr Stadtrat Karl Miller

Frau Stadträtin Dr. Ina Neufeld

SPD

Herr Stadtrat Gerhard Bucher

Herr Stadtrat Tim-Luka Schwab

sozial.ökologisch.links.

Herr Stadtrat Dr. Andreas Benk

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Dr. Constance Schwarzkopf- ab 15:38 Uhr.

Streit

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Herr Stadtrat Ullrich Lothar Dombrowski ab 16:03 Uhr.

FDP/FW

Herr Stadtrat Dr. Peter Vatheuer

Verwaltung

Herr Klaus Arnholdt

Schriftführerin

Frau Melanie Bihlmaier

Verwaltung

Herr Gerhard Hackner

Herr Markus Herrmann

Herr Jürgen Musch

Herr Helmut Ott

Herr Dieter Popp

Herr Benedikt Stegmaier

Gast

Frau Stadträtin Dr. Dorothea Kosin

Abwesend:

stellv. Vorsitzender

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron Herr Bürgermeister Julius Mihm

CDU

Herr Stadtrat Helmut Geiger Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Karl-Andreas Tickert

SPD

Herr Stadtrat Johannes Zengerle

T a g e s o r d n u n g

- **1** Städtebaulicher Vertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 132 G "Wohnen am Salvatorpark", Gemarkung Schwäbisch Gmünd
- **2** Vertragsverlängerung Sportplatzpflege 2024/2025
- **3** Ausblick auf künftige Vorhaben
- **3.1** B29 Stand und Ausblick
- **4** Bekanntgaben
- **5** Anfragen
- **5.1** Fahrbahnsanierung Lindach
- **5.2** Breitbandausbau
- **5.3** Schmiedgassen

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

zu 1 Städtebaulicher Vertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 132 G "Wohnen am Salvatorpark", Gemarkung Schwäbisch Gmünd Vorlage: 221/2023

Protokoll:

Herr Hackner präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Stadtrat Bläse/CDU zeigt sich etwas überrascht. Er findet es nicht fair, dass man sich jetzt auf gesetzliche Bestimmungen berufe. Man habe ein Gesamtpaket beschlossen, man sei der Meinung, dass dies so gelte wie man es im Mai beschlossen habe. Man habe nie gesagt, dass er das zweite Untergeschoss bauen müsse. Die Parkplätze wolle man definitiv haben, man wolle keine Mehrbelastung durch parkende Fahrzeuge. Man sei auch gegen die Verlängerung der Bauzeit. Dann solle er warten, bis er anfange aber es in einer gewissen Zeit durchziehen. Die Argumente, die er anführe, sehe er so nicht. Die allgemeinen Themen, die aufgerufen werden würden, würden nicht ziehen. Man behalte es so wie beschlossen bei.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass es sehr schwierig sei. Wenn man rauskomme bei einem Schlüssel von 1,43 sei dies weit über dem, was sonst gemacht werde. Beim Hardt habe man einen anderen Schlüssel angewandt. 1,43 Stellplätze an dem Standort sei in Ordnung. Bei der Bauzeit müsse man zwei Jahre abziehen.

<u>Herr Hackner</u> führt aus, dass es vier Jahre ab 2025 seien. Wenn irgendetwas dazwischenkomme, hätte man keinen Puffer mehr.

<u>Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen</u> bedankt sich für die Präsentation. Man habe gehofft, dass die geäußerten Bedenken und Anregungen zu Änderungen geführt hätten. Dies sei jedoch leider nicht der Fall. Er führe es nicht nochmal aus. Es gebe auch jetzt keinen Anlass, zuzustimmen. Insgesamt stimme man dem Vorredner zu. Vier Jahre Bauzeit seien eine sehr lange Zeit.

<u>Stadtrat Schwab/SPD</u> führt aus, dass man es sehr kritisch sehe, man es aber mit der Fraktion diskutieren müsse.

Stadtrat Dr. Benk/s.ö.l. äußert, dass die Fraktion gegen das Projekt an diesem Standort gewesen sei. Jedes weitere Jahr, wo dort nichts stehe, sei ein Gewinn. Sechs Jahre seien daher noch zu wenig. Man habe zu viele Autos. Ein Konzept, um diese zu reduzieren, sei die Verknappung der Parkplätze. Wenn die Stadtverwaltung zu diesem Konzept stehe und man grundsätzlich nicht auf das Auto setze, könne man diesem etwas abgewinnen. Er befürchte jedoch, dass dies nicht so sei. Es hätten sich auch

andere Rahmenbedingungen verändert: Der bezahlbare Wohnraum sei knapper geworden. Die Summe von 114.000 Euro sei daher vergleichsweise niedrig. Man solle die Summe daher nochmals neu berechnen und höher ansetzen. Wenn dies der Fall wäre, könne man vielleicht über eine Änderung diskutieren. Er frage sich, ob nächste Woche dann Herr Scheuermann vom Schönblick dastehe, dann habe man noch weitere städtebauliche Verträge, die man ändern müsse. Man solle sich daher gut überlegen, ob man hier dem Wunsch des Investors nachgeben wolle.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man hierfür den Gemeinderat habe.

<u>Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen</u> äußert, dass man ein kompaktes Bauen bevorzuge. Sechs Jahre Baulärm sei nicht zumutbar, man müsse es aber noch in der Fraktion diskutieren.

<u>Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW</u> äußert, dass es im Einklang mit den gesetzlichen Regelungen stehe und stimmt der Vorlage zu.

Auszug zur weiteren Bearbeitung an Amt: 61 nachrichtlich an Amt:

zu 2 Vertragsverlängerung Sportplatzpflege 2024/2025 Vorlage: 224/2023

Protokoll:

Herr Stegmaier präsentiert den Sachverhalt.

<u>Stadtrat Bläse/CDU</u> äußert, dass man in jedem Fall rechtlich auf der sicheren Seite sein müsse. Außerdem erkundigt er sich nach dem Einsatz von Mährobotern.

<u>Herr Arnholdt</u> antwortet, dass man den Mähroboter ausschließlich bei der SG Bettringen einsetze, dort teste man ihn.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass der Mähroboter in Rechberg auf nicht viel Gegenliebe bisher gestoßen sei.

Stadträtin Bijok/Bündnis 90/Die Grünen führt aus, dass das Angebot mit 15% Preissteigerung alternativlos zu sein scheint. Manche Preissteigerungen könne man auch rückläufig wahrnehmen. Sie erkundigt sich daher, ob auch eine Beauftragung für ein weiteres Jahr erteilt werden könne und man es dann nochmal prüfe. Außerdem erkundigt sie sich, ob jemals belastbar kalkuliert worden sei, die Aufgaben selbst zu übernehmen.

<u>Oberbürgermeister Arnold</u> antwortet, dass man dann die Zustimmung des Gemeinderats benötige und die Stellenanteile beim Bauhof erhöhen müsse. Dies würde deutlich teurer kommen.

<u>Herr Stegmaier</u> führt aus, dass man ehrenamtliche Greenkeeper habe. Man würde daher gerne weiterhin mit der Firma Moser agieren, weil es sich bereits eingespielt habe.

<u>Oberbürgermeister Arnold</u> plädiert ebenfalls dafür, da es weniger Bürokratieaufwand sei.

<u>Herr Stegmaier</u> äußert, dass die Preisentwicklung nicht nach unten gehe. Es gebe Tarifabschlüsse im Bereich der Grünpflege mit einer Lohnsteigerung. Die Kosten würden daher nicht fallen.

<u>Stadtrat Schwab/SPD</u> äußert, dass sich die Inflationsrate auf 3,2 Prozent belaufe. Er gehe nicht davon aus, dass bei den Verhandlungen zum TV-L mehr als 10,5 Prozent herauskommen würden, daher müsse man sich fragen, woher die 15 Prozent Preissteigerung kommen würden. Die Preissteigerungen sehe er nicht im Lohnbereich und auch nicht im Materialbereich, auch bei den Energiekosten sehe er es nicht. Er regt an, die 15 Prozent nochmals neu zu verhandeln.

<u>Herr Stegmaier</u> antwortet, das die 3,8 Prozent Inflationsrate im Vergleich zum Vorjahreszeitraum seien. Die Basis für die 15 Prozent Erhöhung sei aber August/September 2021. Dort habe man die Firmen zur Angebotsabgabe aufgefordert. Es sei daher im normalen Rahmen und fair.

<u>Stadtrat Dr. Benk/s.ö.l.</u> erkundigt sich, ob sichergestellt sei, dass es nicht an Subunternehmen weitergegeben werde.

<u>Herr Stegmaier</u> antwortet, dass man in Kontakt sei. Die Verantwortlichen der Sportplätze hätten direkten Kontakt, es laufe Face-to-Face und werde daher laufend überprüft.

<u>Stadtrat Dr. Benk/s.ö.l.</u> äußert, ob sichergestellt sei, dass der Mindestlohn gezahlt werde.

<u>Herr Stegmaier</u> antwortet, dass man dies einfordere und dies bereits in der Ausschreibung berücksichtigt sei.

<u>Stadtrat Dr. Benk/s.ö.l.</u> führt aus, dass günstige Preise nicht dadurch zustande kömen, dass nicht tarifrechtlich bezahlt werde. Es wäre schön, wenn die Stadt eigene Stellen hätte, aber es sei nachvollziehbar, dass es fremdvergeben werde, wenn die Rahmenbedingungen stimmen würden.

<u>Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen</u> findet es gut, wenn man einen guten Kontakt habe.

<u>Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste</u> äußert, dass das Angebot mit deutlichem Abstand das günstigste sei. Die anderen hätten damals schon diese Preissteigerung mit einkalkuliert. Man werde zustimmen.

<u>Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW</u> äußert, dass es ein regionales Unternehmen sei, man könne zustimmen.

<u>Stadtrat Dr. Benk/s.ö.l.</u> äußert, ob die Mahroboter elektrisch betrieben werden würden.

Herr Arnholdt bestätigt dies.

Auszug zur weiteren Bearbeitung an Amt: 68 nachrichtlich an Amt:

zu 3 Ausblick auf künftige Vorhaben

zu 3.1 B29 – Stand und Ausblick

Protokoll:

<u>Oberbürgermeister Arnold</u> führt in den Sachverhalt ein und erläutert, dass auch der Tunnelbau in Böbingen sowie das Krankenhaus mit reinspielen würden. Es würde daher dringlicher werden.

<u>Herr Musch</u> erläutert, dass man derzeit in der Entwurfsplanung sei, diese werde Ende 2025 dann dem Bund vorgelegt. Es gehe dann weiter mit der Planfeststellung und der Ausführungsplanung. Der Baubeginn sei frühestens 2029 bis 2030, die Fertigstellung frühestens 2035. Man gehe von einer Bauzeit von vier bis fünf Jahren aus.

<u>Oberbürgermeister Arnold</u> betont, dass man weiterhin am Thema dranbleiben und es weiterhin auf die Agenda nehmen müsse. Die Leute würden es wissen, weil sie betroffen seien.

<u>Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen</u> findet es wichtig, es frühzeitig zu wissen, auch bei der Anbindung Richtung Bopfingen. Dies sei auch wichtig bei der Radwegeplanung, sodass man frühzeitig die Anregungen mit einfließen lassen könne. Man wolle frühzeitig eingebunden zu werden.

<u>Oberbürgermeister Arnold</u> antwortet, dass das Rad ein offenes Thema sei. Der Radweg nach Aalen sei gut, aber sehr touristisch. Dies führe nicht zu einer Verbesserung der Mobilität. Man solle es mitdenken und Zeichen setzen.

<u>Stadtrat Dr. Benk/s.ö.l.</u> äußert, dass neben dem Rad auch der Lärm ein Thema sei. Es wäre daher gut, die Karten zu sehen, man wolle frühzeitig einbezogen werden.

<u>Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen</u> äußert, dass man frühzeitig prüfen solle, Zu- und Abfahrten wo anders zu machen. Das Thema Rad unterstütze man ebenfalls. Er erkundigt sich außerdem nach dem Straßenbau in Richtung Stuttgart. Man dürfe nicht vergessen, dass man Richtung Stuttgart nicht abgehängt werde. Die Bahn fahre zeitweise nur eingleisig.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass die Bahn zweigleisig fahre.

<u>Erster Bürgermeister Baron</u> antwortet, dass es nicht mit dem Ausbau, sondern mit dem Bahnbetrieb zusammenhänge. Viel wichtiger sei die Frage wie es mit der Remsbahn weitergehe. Es gehe um zwei Dinge: Zum einen den Bahnhalt Ost und zum anderen dass es durch Stuttgart 21 zu keiner Verschlechterung, sondern zu einer Verbesserung komme. Davon sei man ausgegangen. Und jetzt müsse man schauen, dass man nicht hinten runterfalle bei der Intercity-Verbindung.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste äußert, dass es für die Stadt sehr wichtig sei, dass man regelmäßig Infos zur Weiterentwicklung der Strecke bekomme. Die Verantwortlichen für die Baudurchführung sollten eine entsprechende Stellungnahme abgeben.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man dranbleibe.

<u>Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW</u> äußert, dass die Infos sehr dürftig seien. Damals hieß es 2030, nun sei man bei 2035. Es sei die wichtigste Verkehrsachse im Ostalbkreis. Man solle daher halbjährlich nach dem aktuellen Stand nachfragen.

<u>Oberbürgermeister Arnold</u> antwortet, dass genau das die Überlegung gewesen sei. Es werde viel über Technologien gesprochen. Man würde das Thema nach der Kommunalwahl und vor der Sommerpause nochmals bringen.

Auszug zur weiteren Bearbeitung an Amt: 66 nachrichtlich an Amt:

zu 4 Bekanntgaben

Protokoll:

Keine

zu 5 Anfragen

zu 5.1 Fahrbahnsanierung Lindach

Protokoll:

<u>Stadtrat Bläse/CDU</u> erkundigt sich, warum der Belag in Lindach erneuert worden sei. Es stehe noch eine Baustellenampel, diese sei jedoch nicht mehr in Betrieb. Man solle nochmals prüfen, ob der Belag so abgenommen werden könne oder ob nachgebessert werden müsse.

<u>Herr Musch</u> antwortet, dass man es bereits kontrolliert habe, es müsse nachgebessert werden. Man sei dran und mache Druck.

Auszug zur weiteren Bearbeitung an Amt: 66 nachrichtlich an Amt:

zu 5.2 Breitbandausbau

Protokoll:

Stadtrat Dr. Benk/s.ö.l. äußert, dass die Firma TNG sehr offensiv in Herlikofen für den Breitbandausbau werde. Letzte Woche seien die Mitarbeiter von Haustür zu Haustür gezogen. Er erkundigt sich, ob die Stadt öffentlich sagen könne, dass man die grauen und weißen Flecken versorge und dass man es nicht mit einem privaten Anbieter machen müsse. Die Verunsicherung sei sehr groß. Das Schreiben sei schon lange angekündigt, komme aber nicht.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man es im Gremium besprochen habe und es auch Inhalt seiner Haushaltsrede gewesen sei. Man stehe zum Thema Weiße Flecken. Es gehe langsamer, aber man mache den Ausbau. Man könne nichts gegen eine Firma auf dem freien Markt machen. Er werde sich nach dem Versand des Schreibens erkundigen, da er dieses bereits vor seinem Urlaub unterzeichnet hatte.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass das Schreiben abgegangen sein müsse. Man werde es prüfen. Eigentlich hätten die privaten Unternehmen vor einigen Jahren alles ausgebaut werden müssen. Nun habe man zunächst ein Marktversagen feststellen müssen, genau das habe man nun gemacht. Kurz vor Ende dieses Verfahrens sei nun eine Firma aufgetaucht. Dies sei zulässig, es sei der Markt. Wenn diese Firma alle Versprechungen einhalte, sei es super. In einer Nachbargemeinde habe es nicht funktioniert. Man habe geprüft, ob man nun trotzdem so weiter verfahren könne, es sei so und man werde daher weiter verfahren. Man dürfte nicht sagen, man solle nicht zu dieser Firma gehen.

Auszug zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10.4 nachrichtlich an Amt:

zu 5.3 Schmiedgassen

Protokoll:

<u>Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen</u> äußert, dass die Verkehrsführung in den Schmiedgassen geändert worden sei und nicht alle begeistert gewesen seien, dass es nicht im Gremium beschlossen worden sei.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass in den Schmiedgassen in nächster Zeit Dinge kommen würden, die man festigen wolle. Man sei in Gesprächen, was es alles brauche. Es gehe auch um die Frage der Sanierungsgebiete und wie die Anbindung an die Nordstadt aussehe. Man mache dies derzeit auf Arbeitsebene. Es sei aber noch nicht so weit, dass man es präsentieren könne.

<u>Herr Hackner</u> antwortet, dass die Schmidgassen ein wichtiges Thema zum Zentrum hin seien. Man sei gerade dabei, dies aufzuarbeiten. Dort würden auch die Verkehrsbeziehungen dazugehören, unter anderem auch die Busverbindungen in der Remsstraße.

<u>Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen</u> erkundigt sich, ob man darüber im Frühjahr informiert werden würde.

<u>Oberbürgermeister Arnold</u> antwortet, dass er sich nicht auf ein Datum festlegen lassen wolle. Er sei so glücklich, dass man mit der Gastronomie vorangekommen sei. Er sei froh, dass es gestärkt werden würde.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt <u>Oberbürgermeister</u> <u>Arnold</u> die Sitzung.

Auszug zur weiteren Bearbeitung an Amt: 11, 30 nachrichtlich an Amt:

Für die Richtigkeit!

Den	Den	Den
Oberbürgermeister:	Stadtrat:	Schriftführer:
	Den	
	Stadtrat:	